



Geschichtspolitik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider (1986–2005)

Martin Ager

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Eva Pfanzelter Sausgruber (MA)

eingereicht im Semester: SS 2013

Rubrik: BA Arbeit

Abstract

History Policy of the Freedom Party of Austria (Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ) under Jörg Haider (1986–2005)

The following bachelor thesis highlights and expounds the problems of the usage of history as a political argument. After giving a short summary of the history of the FPÖ I will therefore examine the history policy of the Austrian FPÖ under the leadership of Jörg Haider (* 1950; † 2008) by analyzing the party's actions during three important events in postwar Austria: the Waldheim Affair, the controversial „Wehrmachtsausstellung“ in 1995 (German Army exhibition) and the EU-Sanctions in 2000.

Einleitung

„Das wissen Sie ja so gut wie ich, daß die österreichische Nation eine Mißgeburt gewesen ist, eine ideologische Mißgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache, und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache. Man hat ja versucht, nach 1945, um hier die besondere Distanz zur Vergangenheit zu wahren, diese österreichische Nation zu schaffen, damit einen Bruch der jahrhundertelangen

österreichischen Geschichte vollzogen. Denn es geht darum, welchen Beitrag Österreich im Rahmen der deutschen Geschichte getragen hat.“¹

Identity matters – natürlich oder auch besonders in Österreich. Die oben angeführte Aussage des ehemaligen Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) Jörg Haider (1950–2008), der 2008 bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückte, erregte im Jahr 1988 die Gemüter und tut dies noch heute. Die FPÖ wird gegenwärtig von der Bevölkerung als „österreichpatriotische politische Kraft“² wahrgenommen und bezeichnet sich selbst auch so in ihrem Parteiprogramm. Es lässt sich somit auch davon ausgehen, dass innerhalb der FPÖ die österreichische Nation nicht als „Missgeburt“ angesehen wird. Zumindest sieht die Bevölkerung es anders: Eine Studie zeigt, dass mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen angeben, einen „hohen Stolz auf Österreich“ zu empfinden.³

Jörg Haider hatte in seiner Aussage 1988 richtigerweise festgestellt, dass nach 1945 in Österreich eine „besondere Distanz zur Vergangenheit“ gewahrt wurde: Beispielsweise waren die Entnazifizierungsprozesse belasteter NationalsozialistInnen bis 1948 beendet, da die etablierte sozialdemokratische Partei und die christlich-soziale Partei nicht auf dieses Wählerpotenzial verzichten konnten. Die Einzelverantwortung verschiedener mehr oder minder belasteter NationalsozialistInnen wurde danach nicht weiter verfolgt. Österreich beschritt mit dieser Linie keinen Sonderweg, die Integration von ehemaligen NationalsozialistInnen und die Externalisierung der Verbrechen stellten ein Paradigma in der Staatenwelt Nachkriegseuropas dar.⁴

Der österreichische „Opfermythos“ nach dem Zweiten Weltkrieg verdeutlicht die oben von Haider angesprochene „Distanz zur Vergangenheit“, welche durch das offizielle Österreich gewahrt wurde. Die Formulierung, dass Österreich das „erste Opfer der Aggression Hitlers“⁵ gewesen sei, wurde aus der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 übernommen. Der Status eines Opfers beinhaltet, dass die Verbrecher „von außen“ kamen und nicht aus den Reihen der eigenen Bevölkerung des Landes. Die offizielle, staatliche Geschichtspolitik vertrat diese Auffassung zur nationalsozialistischen Diktatur

¹ Jörg Haider in der TV-Sendung „Inlandsreport“, 18.08.1988. Zit. n. *Die Presse*, [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/421893/index?gal=421893&index=2&direct=&_vl_backlink=&popup=], eingesehen 20.05.13.

² Freiheitliche Partei Österreichs, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz. Österreich zuerst, 18.06.2011, [http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf], eingesehen 27.05.2013, S. 2.

³ *Der Standard*, 25.10.2012. [<http://derstandard.at/1350259333391/52-Prozent-Oesterreich-steht-besser-dals-uebriges-Europa>], eingesehen 26.05.13.

⁴ Tony Judt, *The Past Is Another Country: Myth and Memory in Postwar Europe*, in: *Daedalus* 121 (1992), Heft 4, S. 83–118, hier S. 87–88.

⁵ Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 [<http://www.ibiblio.org/pha/policy/1943/431000a.html>], eingesehen 28.05.13. Eigene Übersetzung des Autors: „[...] that Austria, the first free country to fall a victim to Hitlerite aggression, [...]“

weit bis in die 1980er Jahre bei und prägte die österreichische Vergangenheitsinterpretation nachhaltig.

Doch nicht nur die Moskauer Deklaration prägte das Selbstverständnis Österreichs in der II. Republik, sondern auch die Parteien und deren Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit trugen wesentlich zur Identitätskonstruktion bei. Ein „zweieinhalb Parteiensystem“⁶ prägte Österreich in politischer, demokratischer und ökonomischer Hinsicht. Parteien boten nicht nur politische Lösungen an, sondern vielmehr „Orientierung“ in weltanschaulichen Belangen für die Wählerschaft.⁷ Parteien prägten durch die Ausprägung von „Subkulturen“ (sogenannten „Lagern“), aber auch durch ihre personellen Entscheidungen in Bereichen der staatsnahen Wirtschaft, der Massenmedien und der Verwaltung die österreichische Öffentlichkeit. Die österreichische Ausformung des Parteiensystems galt lange Zeit die das stabilste Westeuropas.⁸ Wenn man sich die fundamentale Bedeutung der Parteien vor Augen führt, so mag es also nicht verwundern, dass diese Prägung der Wählerschaft durch Parteien auch in einer geschichtspolitischen Hinsicht praktiziert wurde. Somit erscheint eine Analyse der Aktionen der Parteien in dieser Richtung bedeutsam. Inwieweit auch die beiden Großparteien Interesse an der Beibehaltung eines Konsenses in Bezug auf die Opferthese hatten, soll später gezeigt werden.

Was versteht man aber unter Geschichtspolitik? Im Zuge dieser Untersuchung wird ein sehr weiter Begriff verwendet werden. Wenn sich Geschichtspolitik als eine „politische Instrumentalisierung von Geschichte“⁹ durch verschiedene Akteure für die jeweiligen Zwecke versteht, die jeweils eine Deutungshoheit für sich beanspruchen, dann ist unter anderem zu untersuchen, auf welche Art und Weise diese Prägung durch parteipolitische Geschichtsdarstellungen in Österreich passierte und welche Folgen sich daraus ableiten lassen beziehungsweise inwieweit sich aus dem Untersuchungszeitraum Entwicklungen und Veränderungen ergeben haben. Als zeitliche Eingrenzung eignet sich die lange Obmannschaft von Jörg Haider in der FPÖ von 1986 bis zur Wahl Heinz-Christian Straches zum Parteiobmann 2005. Da nicht alle geschichtspolitisch relevanten Aktionen der FPÖ untersucht werden können, gibt es einen Fokus auf die Ereignisse rund um die Affäre des Bundespräsidentenskandidaten Kurt Waldheim 1986, die Wehrmachtsausstellung sowie die EU-Sanktionen 2000. Dabei erscheint interessant, wie die FPÖ verschiedene „Bühnen“ der Öffentlichkeit, beispielsweise Nationalratsdebatten aber

⁶ Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger, *Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends*, Wien 2007³, S. 152.

⁷ Pelinka, *Politik*, S. 65.

⁸ Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ*, in: *Das österreichische Wahlverhalten* (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikwissenschaften 21), hrsg. v. Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Franz Sommer, Wien 2000, S. 225–242, hier S. 226.

⁹ Christoph Sandner, *Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 5–17, hier S. 7.

auch Medien nützte, um Geschichtsdarstellungen zu transportieren und wie sie für bestimmte Zwecke instrumentalisiert wurden.

Es wäre ein Trugschluss zu behaupten, dass alle FPÖ-WählerInnen im angegebenen Untersuchungszeitraum die vergangenheitsrelevanten Inhalte der FPÖ zur Gänze unterstützt hätten, die Tragweite der Auswirkungen verschiedener Arten von Geschichtspolitik lassen sich augenscheinlich nur schwierig messen. Menschen sind immer mit verschiedenen Interpretationen von Vergangenheit konfrontiert, seien sie aus dem tagespolitischen Diskurs, oder auch anderen Quellen wie der Sozialisation durch das Elternhaus oder der Schule. Es lässt sich aber durchaus davon ausgehen, dass ein spezifischer Umgang mit der Vergangenheit stark polarisieren kann, wodurch dementsprechend große Bevölkerungsteile in die Diskussion eingebunden werden.

Ein Beispiel verdeutlicht die gegenwärtige Relevanz und die Polarisierungsmöglichkeit von Geschichtspolitik. Im Jahr 2012 entbrannte eine Diskussion um die antisemitische Haltung des Karl Lueger (1844–1910) und ob die Benennung eines Teils der Ringstraße in der Wiener Innenstadt nach dem ehemaligen Bürgermeister gerechtfertigt sei.¹⁰ Bekannterweise war die SPÖ für eine Änderung des Straßennamens, die auch im Mai 2012 erfolgen sollte, wohingegen die ÖVP und die FPÖ für eine Beibehaltung des bestehenden Namens eintraten. Diese Auseinandersetzung verdeutlicht, wie verschiedene Auffassungen von Vergangenheit in den politischen Auseinandersetzungen von Parteien auch auf kommunaler Ebene in der Gegenwart bedeutsam sind.

Die Geschichts- und Identitätspolitik des offiziellen Österreich ist durch viele Publikationen gut erforscht.¹¹ Inwieweit die beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP geschichtliche Inhalte zur Schaffung einer österreichischen Identität instrumentalisierten, ist ebenso durch zahlreiche Erscheinungen belegt.¹² Werke mit einer expliziten Ausrichtung auf die FPÖ, welche lange Zeit die einzige oppositionelle Kraft im österreichischen politischen System war, sind rar. Es erscheint daher nötig auch unter Berücksichtigung des rasanten Aufstieges der FPÖ nach 1986 einen Fokus auf die geschichtspolitischen Aktionen dieser Partei zu setzen. Bemerkenswerte „Vorarbeit“ in diesem Bereich hat Hans-Henning Scharsach mit seinem Buch „Haider. Schatten über Europa“¹³ geleistet. Scharsach hat in penibler Recherche den Kontext kontrovers diskutierter Aussagen Haiders skizziert und versucht anhand dessen den Politiker Jörg Haiders ideologisch einzuordnen.

¹⁰ ORF, Universitätsring: Straßentafel enthüllt, 04.07.2012, [<http://wien.orf.at/news/stories/2539803/>], eingesehen 20.05.13.

¹¹ Stellvertretend: Ernst Bruckmüller, Österreichbewusstsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung 4), Wien 1994.

¹² Stellvertretend: Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien-Köln-Graz ²1996.

¹³ Hans-Henning Scharsach, Haider. Schatten über Europa, Köln ²2000.

Ziel dieser Untersuchung soll nicht eine solche Einordnung Haiders oder die Bewertung von „guter“ und „böser“ Geschichtspolitik sein, sondern – sofern vorhanden – eine Tendenz nachzuvollziehen, in der sich die freiheitliche Vergangenheitsauffassung entwickelt hat und gewisse Grundcharakteristika herauszuarbeiten. Es erscheint meines Erachtens sehr wichtig nicht in Dichotomisierungen zwischen „guter“ und „böser“ Geschichtspolitik zu verfallen. Es sollen nicht verschiedene Aussagen von VertreterInnen der FPÖ gewertet und mit „historischen Fakten“ überprüft werden, sondern sie sollen dahingehend untersucht werden, auf welche Art und Weise Vergangenheit dargestellt und instrumentalisiert wird, um als Mittel für den Zweck zu dienen.

In der vorliegenden Darstellung ist besonders die FPÖ durch ihre Andersartigkeit in Bezug auf ihre geschichtspolitischen Argumente im Vergleich zum übrigen österreichischen Parteiensystem auffällig und untersuchenswert. Zum Einen war die FPÖ durch ihre personelle Kontinuität in Bezug auf ehemalige NationalsozialistInnen in der Entstehung nach dem Zweiten Weltkrieg als „Verband der Unabhängigen“ (VdU) gekennzeichnet und zum Anderen hat die Obmannschaft von Jörg Haider bis dato unvorstellbare Veränderungen im politischen System Österreichs in Bezug auf Wählerschaftszugewinne und Wählerschaftsmobilität, wie beispielsweise bei den Nationalratswahlen 1999, gezeigt. Zusätzlich lassen die mehrmaligen ideologischen Kurswechsel die FPÖ interessant erscheinen: Von einer liberalen Grundausrichtung unter der Obmannschaft von Norbert Steger entwickelte sich die Partei nach der Kampfabstimmung und Parteiübernahme durch Jörg Haider 1986 hin zu deutsch-nationalen Partei, um sich Mitte der 1990er Jahre zu einer „österreichpatriotischen“ Partei zu wandeln. Inwiefern hat dieser Wandel einen geschichtspolitischen Hintergrund? Welche Umstände haben diesen Wandel begünstigt, herbeigeführt und wie hat er sich niedergeschlagen? Um dies zu beantworten, soll zunächst auf die Geschichte der FPÖ in der II. Republik eingegangen werden, um anschließend drei Fallbeispiele (Affäre Waldheim, die Wehrmachtausstellung und die EU-Sanktionen) näher zu untersuchen.

Geschichte der FPÖ

Die FPÖ ist eine politische Partei in Österreich, die als Nachfolgepartei des VdU (Verband der Unabhängigen) gilt und 1956 gegründet wurde. Nach Adam Wandruszka und seiner „Drei-Lager-Theorie“ steht das „Dritte Lager“ in einer deutsch-nationalen Tradition in Abgrenzung zu christlich-konservativen und sozialistisch-sozialdemokratischen Traditionen. Jedes Lager wird konstituiert durch verschiedene Vorfelddorganisationen, die ihre Mitglieder prägen und für eine bestimmte „Lagerkultur“ sorgen. Für die Anfangsphase der FPÖ, aber auch jene des VdU, ist die personelle Kontinuität mit ehemaligen NationalsozialistInnen bemerkenswert. Jene wurden aufgrund ihrer politischen Belastung zumindest in der Anfangsphase der demokratischen Wahlen in

Österreich ausgeschlossen und auch gerichtlich verfolgt. Durch verschiedene Amnestien erhielten sie ihr Wahlrecht bis Anfang der 1950er Jahre zurück, da sie von den regierenden Großparteien als Stimmenpotenzial erkannt wurden. Auch der VdU erkannte diese Chance und entwickelte sich zu einem Sammelbecken sogenannter „Minderbelasteter“.¹⁴ Diese Kontinuitäten nationalsozialistischer Gesinnung und ehemaligen nationalsozialistischen Personals werden von Parteimitgliedern der FPÖ nicht verleugnet: So schreibt Andreas Mölzer von einem Konflikt zwischen „Achtundreißigern“, also Personen, die ihre politische Sozialisation im Zuge des „vermeintlichen Idealismus der Hitler-Bewegung“ erfahren hatten und jetzt „demokratisch rezosialisiert“¹⁵ seien und „Achtundvierzigern“, welche sich der Revolution von 1848 verpflichtet fühlten.

Dieses Grundcharakteristikum begleitete die FPÖ in der chronologischen Entwicklung, die der Politikwissenschaftler Kurt Richard Luther in fünf verschiedenen Phasen¹⁶ unterteilt:

Erste Phase: Bis in die Mitte der 1960er Jahre war der VdU/die FPÖ programmatisch schwach ausgeprägt (nationale Ausrichtung, wenige andere Themenstellungen wurden im Parteiprogramm angesprochen) und konnte nicht viele Stimmen auf sich vereinen.

Zweite Phase: Unter der Obmannschaft von Friedrich Peter ab Mitte der 1960er Jahre konnte sich die Partei endgültig neben ÖVP und SPÖ in das Parteienspektrum einfügen. Das Programm wurde durch akademisch ausgebildete Parteifunktionäre verfestigt und es erfolgte eine Annäherung an die SPÖ, mit der gemeinsam die erste Minderheitsregierung der II. Republik unter Bundeskanzler Bruno Kreisky eingegangen wurde.

Dritte Phase: Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre übernahm der liberale Flügel unter Norbert Steger die Parteiführung. Die Wende der Partei in Richtung Liberalismus und die erste Regierungsbeteiligung (Regierung Sinowatz und Vranitzky) stellte die Partei vor innere Auseinandersetzungen, die in der Kampf Abstimmung zwischen Norbert Steger und Jörg Haider, einem Vertreter des deutsch-nationalen Flügels, im Jahr 1986 mündete.

Vierte Phase: Die Obmannschaft unter Jörg Haider ab 1986 ist durch einen populistischen Regierungsstil gekennzeichnet, der die FPÖ für andere Parteien als nicht koalitionsfähig erscheinen ließ. In dieser Phase gibt es auch den größten Popularitätszugewinn der Geschichte der FPÖ: Bei den Nationalratswahlen 1999 konnte die Partei 26,9 Prozent der

¹⁴ Walter Manoschek/Thomas Geldmacher, Vergangenheitspolitik, in: Politik in Österreich. Das Handbuch, hrsg. v. Herbert Dachs et al., Wien 2006, S. 577–604, hier S. 579–580.

¹⁵ Andreas Mölzer, Entideologisierung und Rechtspopulismus, in: Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ, hrsg. v. Lothar Höbelt, München 2001, S. 112–144, hier S. 113–114.

¹⁶ Einteilung entnommen aus: Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), in: Politik in Österreich. Das Handbuch, hrsg. v. Herbert Dachs et al., Wien 2006, S. 365–388, hier S. 364–365.

Stimmen auf sich vereinen und überholte erstmals mit der ÖVP eine der beiden Großparteien.

Fünfte Phase: Nachdem die Gespräche über eine Neuauflage einer Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP 1999/2000 scheiterten, näherten sich die drittstärkste Partei, die ÖVP, und die FPÖ an. Jörg Haider trat in weiterer Folge vom Parteivorsitz zurück und Susanne Rieß-Passer übernahm die Parteiführung und führte die Koalition als Vizekanzlerin und Parteichefin der FPÖ mit Wolfgang Schüssel und der ÖVP an. Während der Zeit der Regierungskoalition sollte die FPÖ einen Großteil ihrer Stimmen verlieren. Eine weitere Zäsur stellte die Spaltung der Partei in das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und FPÖ dar, das anschließend von Heinz-Christian Strache als Obmann geführt werden sollte.

Bezeichnend für das Entstehungsumfeld der FPÖ in der Zweiten Republik ist der Umgang mit der Vergangenheit im Kontext der stark ausgeprägten Konkordanzdemokratie. Konkordanz herrschte in Österreich in der II. Republik nicht nur in vielen Politikbereichen (beispielsweise Sozialpartnerschaft), sondern auch in vergangenheitspolitischen Aspekten. Die Logik, nach der die Lager ihre WählerInnen akquirierten, war nicht durch einen Wettbewerb über die Grenzen der Lager hinaus charakterisiert, sondern durch die Mobilisierung der eigenen WählerInnen innerhalb des bestehenden Lagers. Sie wurde durch das jeweils parteipolitisch gefärbte Erinnern an die Ereignisse rund um den autoritären, faschistischen Ständestaat erreicht. Die Konkordanz herrschte auch in Bezug auf die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur: Nachdem die sogenannten „Ehemaligen“ bis 1949 bis auf wenige Ausnahmen zu einem großen Teil wieder ihr Wahlrecht erhielten, erkannten SPÖ und ÖVP, dass dieser Wählerpool nicht nur durch den VdU und die spätere FPÖ ausgeschöpft werden konnte, sondern auch durch die beiden Großparteien selbst. Um sich möglichst viele Stimmen aus diesem Wählersegment zu sichern, wurde die nationalsozialistische Vergangenheit von den parteipolitischen Eliten der SPÖ und ÖVP einem allgemeinen Schweigen unterworfen und nicht mehr thematisiert.¹⁷

Als Folge dieser Integration der „Ehemaligen“ in den Wählerpool, in dem auch die Großparteien versuchten zu überzeugen, stand das „Dritte Lager“ unter Zugzwang. Durch die absehbare Nichtbeteiligung des VdU/der FPÖ an der Regierungsverantwortung und den relativ schwachen Wählerzuspruch verstärkte sich das Entgegenkommen an die „Ehemaligen“. Die Politik der Zugeständnisse der Großparteien an die ehemaligen NationalsozialistInnen wurde durch VdU/FPÖ als ungenügend dargestellt, um diese

¹⁷ Anton Pelinka, Die geänderte Funktionalität von Vergangenheit und Vergangenheitspolitik. Das Ende der Konkordanzdemokratie und die Verschiebung der Feindbilder, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 35–47, hier S. 36–37.

Wählergruppe stärker zu binden. Dieses Rekrutierungsverhalten prägt das von den Großparteien abweichende Geschichtsbild.¹⁸

Die ungenügende Entnazifizierung und die in weiterer Folge getätigten Zugeständnisse an die „Ehemaligen“ sind somit Faktoren, die das Milieu der konsensorientierten Opferthese begünstigte. Parallel dazu gibt diese Theorie auch eine Erklärung, warum der VdU und später die FPÖ eine im traditionellen Parteienspektrum weiter rechts stehende Vergangenhitsauffassung vertreten. Dass diese Rechtslastigkeit auch während der Parteiobmannschaft Jörg Haiders bestehen blieb, ja sich teilweise sogar verstärkte, sollen beispielhaft die folgenden Untersuchungen zeigen.

Die „Causa Waldheim“

Die Auseinandersetzung um die Bundespräsidentchaftswahl 1986, bei der Kurt Waldheim zum neuen österreichischen Bundespräsident gewählt wurde, stellt eine Zäsur in der Geschichtspolitik des offiziellen Österreichs dar.¹⁹ Das Bekanntwerden der nationalsozialistischen Vergangenheit des Bundespräsidentchaftskandidaten Kurt Waldheim ließen die lange im Verborgenen gebliebenen Widersprüche in der österreichischen Erinnerungskultur aufbrechen: Zum Einen pflegte Österreich das Image des „ersten Opfers“ des Nationalsozialismus auf Basis der Moskauer Deklaration 1943 – unter Hervorhebung des österreichischen Widerstandes – und zum Anderen wurden beispielsweise materielle Wiedergutmachungsaktionen lange Zeit abgelehnt und auf die staatliche Nichtexistenz Österreichs zwischen 1938 und 1945 verwiesen.²⁰ Wie sich diese Transformation gestaltete, und welche (Geschichts-) Politik die FPÖ im Rahmen dieser Ereignisse an den Tag gelegt hat, skizzieren die folgenden Kapitel.

Ablauf der Affäre: Ein Geschichtsbild bricht auf

Das Bekanntwerden der Vergangenheit Kurt Waldheims als ehemaliger Wehrmachtsoffizier ist in einem größeren Zusammenhang zu sehen, in dem das „stillschweigende Übereinkommen“²¹ der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP über die Tabuisierung der NS-Vergangenheit, um innerkoalitionäre Konflikte zu vermeiden, aufbricht. Ereignisse

¹⁸ Pelinka, Funktionalität, S. 38–39.

¹⁹ Heidemarie Uhl, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 19–34, hier S. 19.

²⁰ Uhl, Opfermythos, S. 25.

²¹ Meinrad Ziegler/Waltraud Kannonier-Finster, *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnerung und Vergessen der NS-Vergangenheit* (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek 25), Wien-Köln-Weimar 1993, S. 244.

wie die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre²² oder Frischenschlager-Reder-Affäre²³ verdeutlichen, wie brisant die NS-Vergangenheit im Nachkriegsösterreich wurde. Diese Entwicklungen sollten in der Affäre Waldheim 1986 gipfeln, in der auch internationale Akteure in der Aufarbeitung der österreichischen NS-Vergangenheit auftraten. Österreich konnte eine Verantwortung und Beteiligung an den nationalsozialistischen Verbrechen, auch auf internationalen Druck, nicht mehr verneinen. Stellvertretend für diese Mitschuld galt die Person Kurt Waldheims.

Nachdem Rudolf Kirchschläger zwei Amtszeiten als Bundespräsident absolviert hatte, standen wieder Wahlen an. Neben dem von der ÖVP nominierten Kurt Waldheim stand Kurt Steyrer von der SPÖ als Gegenkandidat zur Wahl. Wesentlich angestoßen wurde die „Kampagne“²⁴ gegen Waldheim durch die Präsentation von belastendem Material im Nachrichtenmagazin „profil“, das, neben der SPÖ, im Wahlkampfjahr 1986 stark gegen Kurt Waldheim auftrat. Die internationale Bedeutung, die Kurt Waldheim als ehemaliger UNO-Generalsekretär besaß, ließ internationale Medien und auch den Jüdischen Weltkongress (World Jewish Congress, WJC) auf die Affäre aufmerksam werden. Die Geschehnisse zogen so weite Kreise, dass Waldheim schlussendlich auf der „watch-list“ des US-amerikanischen State Departements landete und somit zur „persona non grata“ in den USA erklärt wurde. Eine erschöpfende und chronologische Darstellung der Ereignisse würde den Rahmen sprengen, jedoch kann man zusammenfassend sagen, dass die Debatte eine starke Eigendynamik entwickelte, die neben der beharrlichen Verweigerung Waldheims eine Form von Schuld anzuerkennen auch durch die bewusste Ausnützung der Situation durch die SPÖ aufgeschaukelt wurde.

Im Zuge der Affäre ist besonders relevant, dass einerseits das offizielle Österreich einen Umdenkprozess eingeleitet hatte. Jedoch hatten andererseits die Ereignisse und die

²² Die erste Regierung Kreiskys hatte starke innerösterreichische Kritik hervorgerufen, da vier ehemalige hochrangige Nationalsozialisten Ministerämter innehatten. Der stärkste Kritiker, Simon Wiesenthal, Gründer des „Dokumentationszentrums des Bundes Verfolgter des Naziregimes“, geriet in Konflikt mit Kreisky, der selbst als Jude ins Exil gehen musste. Einen Überblick bietet: Ingrid Böhler, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“ Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, hrsg. v. Michael Gehler/Hubert Sickinger, Innsbruck 2007², S. 502–531.

²³ Der damalige FPÖ Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager begrüßte den letzten aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Soldaten und Angehörigen der SS mit Handschlag. Einen Überblick bietet: Heidi Trettler, Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, hrsg. v. Michael Gehler/Hubert Sickinger, Innsbruck 2007², S. 592–613.

²⁴ Michael Gehler bezeichnet die Ereignisse um die Aufdeckung der Vergangenheit Kurt Waldheims als „Kampagne“ – also als gezieltes Vorgehen der politischen Mitbewerber wie der SPÖ, aber auch verschiedener Medien gegen Waldheim, und übernimmt somit die ÖVP-Diktion. Zit. n. Michael Gehler, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“. Die Waldheim-Affäre 1986–1992, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, hrsg. v. Michael Gehler/Hubert Sickinger, Innsbruck 2007², S. 614–665, hier S. 619.

polarisierende mediale Diskussion rund um die Waldheim-Affäre keine positiven Auswirkungen auf die Bereitschaft der Bevölkerung, sich einer nachhaltigen Aufarbeitung der Vergangenheit zu stellen.²⁵ Eine solche Auffassung, wonach die Zurufe aus dem Ausland im Zuge der Affäre Waldheim tatsächlich einen Rückschritt in der Auf- und Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit darstellen, wird auch von Simon Wiesenthal geteilt.²⁶

Meines Erachtens liegen in dieser „unglücklichen“ medialen und politischen Handhabung der Aufarbeitung Waldheims Vergangenheit und in der dadurch entstandenen Solidarisierung der Bevölkerung mit Waldheim durch die Angriffe inländischer und internationaler Akteure wichtige Grundsteine für den in den 1980er Jahren einsetzenden Erfolg der FPÖ. Michael Gehler identifiziert darauf Bezug nehmend einen „Rechtsruck im öffentlichen Diskurs und eine Freilegung bewältigt geglaubter Ideologiepotentiale“²⁷, die von der FPÖ verwertet wurden und ihren Aufstieg beförderten. Konkreter wird Brigitte Bailer, die damit argumentiert, dass durch die Affäre Waldheim die Verwendung von antisemitischen Aussagen und positiven NS-Bezügen im österreichischen politischen Diskurs enttabuisiert wurden.²⁸ Verschiedene Aussagen Jörg Haiders sind in dieser „Strömung“ der Enttabuisierung zu sehen.

Erna Appelt widerspricht in diesem Zusammenhang der These, dass die Affäre Waldheim beziehungsweise die „Entmythologisierung der ‚Opferdoktrin‘“ für einen Rechtsruck in Österreich „(mit)verantwortlich“ seien. Eine Polarisierung habe stattgefunden, so Appelt, die Affäre Waldheim habe jedoch nur „etwas ans Tageslicht geholt“, das unterschwellig schon lange vorhanden gewesen sei.²⁹ Wenn man davon ausgeht, dass ein tatsächlicher Rechtsruck nach 1986 eingesetzt hat – und bei den Stimmenzuwächsen für die FPÖ ist davon auszugehen – dann glaube ich wäre es zu kurz gegriffen, nur von einer Polarisierung und Verdeutlichung zu sprechen. Dass die Affäre Waldheim als Faktor eines Rechtsrucks neben anderen nicht alleine dasteht, wird von Appelt und Gehler nicht bestritten.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit zu überprüfen, ob die nach der Affäre Waldheim getätigten Provokationen in Haiders Aussagen gezielt waren, oder Aussagen „aus dem Affekt“, die die persönliche Meinung des FPÖ-Politikers widerspiegelten. Wenn man die These von einer „Solidarisierung“ mit Waldheim in Österreich annimmt (und dafür würden auch die Wahlergebnisse der Bundespräsidentenwahl sprechen), dann lassen

²⁵ Gehler, *Dämonisierung*, S. 659.

²⁶ Zit. n. Gehler, *Dämonisierung*, S. 659.

²⁷ Ebd.

²⁸ Brigitte Bailer, „Ideologische Mißgeburt“ und „ordentliche Beschäftigungspolitik“. Rechtspopulistische Skandale, in: *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, hrsg. v. Michael Gehler/Hubert Sickinger, Innsbruck 2007², S. 666–678, hier S. 667.

²⁹ Erna Appelt, *Österreichische Geschichtswahrnehmungen*, in: *Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts*, hrsg. v. Reinhold Gärtner, Innsbruck 1999, S. 99–116, hier S. 110–111.

sich die Provokationen Haiders auch insofern verstehen, dass sie eine „Strömung der Zeit“ treffen.

Verhalten und Aktionen der FPÖ rund um die Causa Waldheim

Die innerparteilichen Entwicklungen der FPÖ im Vorfeld der Causa Waldheim helfen ein Verständnis für die Aktionen der FPÖ zu entwickeln: Der Bundesparteiobmann der FPÖ Norbert Steger, der dem wirtschaftsliberalen Flügel der Partei zugerechnet werden kann, musste seit seinem Antritt als Bundesparteiobmann einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Flügeln erzielen. Nachdem der FPÖ Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager den letzten heimgekehrten Kriegsgefangenen und Kriegsverbrecher Walter Reder 1985 mit Handschlag begrüßte, löste dies einen Skandal aus. Der Verteidigungsminister Frischenschlager wurde vom Koalitionspartner SPÖ und der Oppositionspartei ÖVP zum Rücktritt aufgefordert.³⁰

Für die FPÖ war das Jahr 1986 in vieler Hinsicht ein Jahr des Wandels. Die Unzufriedenheit mit dem „liberalen“ Vizekanzler Norbert Steger innerhalb der Partei, besonders im deutsch-nationalen Flügel wurde immer größer. Der wichtigste Wortführer war in diesem Zusammenhang der Obmann der FPÖ Landespartei in Kärnten, Jörg Haider, der auch im Jahr 1986 in einer Kampfabstimmung die Parteiführung übernehmen sollte, woraufhin die Regierungskoalition mit der SPÖ unter Bundeskanzler Franz Vranitzky aufgelöst wurde. Die liberale FPÖ wendete sich nach dem Parteitag in Innsbruck somit wieder nach rechts und ging in Opposition. Es folgte ein fulminanter Aufstieg, der im Jahr 1999/2000 gipfeln sollte.

In dieser innerparteilichen Umorientierungsphase ist auch die politische Beurteilung der Waldheim-Affäre zu sehen. Siegfried Göllner³¹ unterscheidet in seiner Untersuchung der stenographischen Protokolle der im Nationalrat vertretenen Parteien zwei Phasen im Diskursverlauf:

„Phase 1: Bundespräsidentchaftswahlkampf, Nachwahlkampf bis zum Ende der XVI. Legislaturperiode [19. Mai 1983 bis 16. Dezember 1986]

Phase 2: XVII. Gesetzgebungsperiode [ab 17. Dezember 1986] von der unmittelbar bevorstehenden Watchlist-Entscheidung bis zur Diskussion der außenpolitischen Auswirkungen“³²

Die Beteiligung an den Debatten im Nationalrat durch FPÖ Abgeordnete war aufgrund der geringen Anzahl der Abgeordneten in der ersten Phase sehr niedrig: 15 Beiträge

³⁰ Gehler, Dämonisierung, S. 601–605.

³¹ Siegfried Göllner, Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten (Studien zur Zeitgeschichte 72), Hamburg 2009.

³² Göllner, Diskurse, S. 264.

wurden verzeichnet, die ÖVP-Abgeordneten diskutierten in 44 Beiträgen und die SPÖ-Abgeordneten in 32 Beiträgen die Geschehnisse. Welche Inhalte haben die Abgeordneten in ihren Redebeiträgen im Zuge der Waldheim-Affäre transportiert? Analog zur liberalen Ausrichtung der Partei unter Norbert Steger wurde Waldheim in beiden Phasen nicht etwa in Schutz genommen, sondern der Ansehensverlust Österreichs im Ausland abgemahnt. Die Uneinheitlichkeit der Debattenbeiträge der FPÖ-Nationalratsabgeordneten mag jedoch schon als Indikator dafür fungieren, dass innerhalb der Partei ein Machtkampf um die ideologische Ausrichtung ausbrechen sollte.³³ Die Abmahnung eines Ansehensverlustes spiegelt deutlich wider, dass die FPÖ als Partei wahrgenommen werden wollte, die auch Regierungsverantwortung übernehmen konnte und wollte.

Zeitlich nicht direkt aufeinander folgend, aber dennoch in einem Kontext zu sehen ist eine Nationalratssitzung aus dem „Bedenkjahr“ 1988, also zwei Jahre nach der Affäre Waldheim, im Zuge der Jähmung des „Anschlusses“ im Jahr 1938. Eine Wortmeldung³⁴ von Jörg Haider im Zuge einer Diskussion um das „Bundesgesetz, mit dem aus Anlaß des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs einmalige Ehrengaben und Zuwendungen für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung geleistet werden und das Bundesfinanzgesetz 1988 geändert wird“ (Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz) verdeutlicht besonders, welche vergangenheitspolitischen Auffassungen Jörg Haider beziehungsweise die FPÖ pflegten, und dass sich ein Wandel nach 1986 vollzogen hatte:

„Ich meine damit vor allem das, was wir Jüngeren oft nicht mehr so richtig verstehen, daß eigentlich die Gedenkfeiern ein Phänomen zu Tage gebracht haben, daß es nach wie vor so etwas wie eine Kluft zwischen den Angehörigen der älteren Generation gibt und es daher unsere Aufgabe sein muß, einen positiven Aspekt zu gewinnen und zu sagen: Auf welcher Seite immer jemand in der Zeit zwischen 1938 und 1945 gestanden ist oder besser zwischen 1934 und 1945, um die Dimension richtig zu begreifen, es müßte doch im Geiste des gegenseitigen Respekts eine endgültige und dauerhafte Zusammenführung möglich sein.“³⁵

Haider weiters:

„Nach 50 Jahren sollten wir jedenfalls so weit sein, daß wir die immer wieder versuchte Trennung in Gute und Böse, in Patrioten und Republikfeinde, in Opfer und Täter endgültig aufgeben. Entscheidend ist der Respekt vor dem Einzelschicksal, entscheidend ist der einzelne [sic], sein Opfer, seine Leistung

³³ Göllner, Diskurse, S. 278–280.

³⁴ Jörg Haider (FPÖ), Stenographische Protokolle des Österreichischen Nationalrates, XVII. Gesetzgebungsperiode, 56. Sitzung, 23.03.1988, S. 6424–6427 [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVII/NRSITZ/NRSITZ_00056/imfname_142888.pdf], eingesehen 24.05.13.

³⁵ Jörg Haider (FPÖ), STPNRÖ, XVII. GP, 56., 23.03.1988. S. 6424.

und sein Beitrag für das Wiederaufstehen unserer Republik nach 1945.“³⁶

Siegfried Göllner sieht in der Formulierung einer „endgültigen und dauerhaften Zusammenführung“ die Forderung, dass eine Art „Schlussstrich“³⁷ gezogen werden solle, was Beschäftigung mit Vergangenheit angeht. Haiders Formulierung einer „Zusammenführung“ suggeriert, dass eine gerichtliche Verfolgung oder eine Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit, in der Nationalsozialismus und Austrofaschismus übrigens nicht differenziert werden, nicht wünschenswert ist. Interessant erscheint auch die Formulierung, derer sich Jörg Haider bediente, wenn er von den „Opfern“ sprach: Haider wollte das Ende einer „Dichotomisierung“ zwischen Opfern und Tätern, was wiederum auf das Setzen eines Schlussstriches hinweist, beziehungsweise auf die Forderung, die Vergangenheit als solche zu belassen.

Den Begriff „Opfer“ bewertet Haider folgendermaßen:

„Daher versuchen wir Freiheitlichen auch bei der heutigen Debatte, den Begriff "Opfer" doch etwas umfassender zu sehen, so wie ihn auch die Erläuternden [sic] Bemerkungen dieses Gesetzes beziehungsweise dieses Gesetzestextes ausgedrückt sehen. Wir sind sicher, daß zum inneren Kern jener, die als "Opfer" zu bezeichnen sind, unsere jüdischen Mitbürger zählen, die unter dem NS-Regime verfolgt wurden, die vertrieben wurden, die emigriert sind, die oft den Tod gefunden haben, daß aber auch die KZ-Insassen dazugehören, daß vielfach österreichische Patrioten dazugehören, die dieses Land zwangsweise verlassen mußten.“³⁸

Formulierungen wie „den Tod finden“, „emigriert sind“, wohingegen „österreichische Patrioten“ zum Unterschied „dieses Land zwangsweise verlassen mussten“ verdeutlichen einerseits eine wertende Differenzierung, und andererseits eine gewisse euphemistische Umschreibung der Shoa und der Vertreibung der Juden und Jüdinnen während der nationalsozialistischen Herrschaft.³⁹ Haiders Wortwahl erscheint nahezu „zahn“, wenn man sich andere provokante Wortmeldungen wie beispielsweise die „Krumpendorf-Rede“, auf die später noch eingegangen wird, vor Augen führt. Die freiheitliche Interpretation der Vergangenheit, die von Jörg Haider in einer Nationalratsdebatte zu Tage tritt, beinhaltet bestimmte Formulierungen und somit auch Botschaften, welche auf den ersten Blick harmlos erscheinen. Bei genauerer Betrachtung erkennt man jedoch die Implikationen, die durch die beispielsweise geforderte Gleichsetzung von Opfern des Genozids mit „österreichischen Patrioten“, mitschwingen.

³⁶ Haider, STPNRÖ, XVII. GP, 56., S. 6425.

³⁷ Göllner, Diskurse, S. 385.

³⁸ Haider, STPNRÖ, XVII. GP, 56., S. 6425.

³⁹ Göllner, Diskurse, S. 385.

Auswirkungen

Die Affäre Waldheim stellt einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs dar, und ist im Kontext einer Häufung von verschiedenen Skandalen (Kreisky-Peter-Wiesenthal Affäre, Frischenschlager-Reder Affäre), aber auch dem „Bedenkjahr“ 1988 zu sehen. Durch die Involvierung internationaler Akteure wird die Bedeutsamkeit hervorgehoben, welche die Vergangenheit des damaligen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim hatte. Das beharrliche Leugnen und die fehlende Einsicht Waldheims stehen stellvertretend für eine Generation von Menschen, die während der nationalsozialistischen Diktatur nur ihre „Pflicht erfüllt“ hätten, wodurch Waldheim als Identifikationsfigur galt.⁴⁰

Nach der Kampfabstimmung in Innsbruck 1986 konnte Jörg Haider das bundespolitische Parkett betreten. Interessanterweise hat die ab Mitte der 1980er Jahre langsam eingetretene Intensivierung einer kritischen Beschäftigung und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit dem Erfolg der FPÖ keinen Abbruch verliehen – im Gegenteil – ab 1986 wurden die Stimmenanteile stetig erhöht. Wenn man davon ausgeht, dass eine generelle Enttabuisierung von nationalsozialistischer und antisemitischer Sprache während dieser intensiven Phase der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stattgefunden hat, so wird verdeutlicht, dass die FPÖ unter Jörg Haider – ob bewusst oder unbewusst sei dahingestellt – in eine „Kerbe“ schlug. Die FPÖ profitierte von einem generellen politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck, und konnte so ihre Stimmenanzahl maximieren. Es wurde eine Sprache im politischen Diskurs salonfähig gemacht, die vor den 1980er Jahren einer Tabuisierung unterlegen gewesen wäre.

Die Geschichtspolitik der Parteien am Beispiel der Wehrmachtsausstellung

Die Bedeutsamkeit der Affäre Waldheim beinhaltet in der Retroperspektive nicht nur, dass ein Umdenken des offiziellen Österreich in Bezug auf die Jahre 1938–45 stattgefunden hat, sondern vielmehr, dass – wie schon oben angesprochen – der konsensgeleitete Opfermythos, der nach 1945 unter anderem von den Großparteien gehegt wurde, um eine Art nationalstaatliche Identität aufzubauen, von pluralistischen und konkurrierenden Geschichtsdarstellungen abgelöst wurde, die unter anderem auch von den politischen Parteien anhand ihrer Geschichtspolitiken geliefert werden konnten.⁴¹

⁴⁰ Lutz Musner, Memory and Globalization: Austria's Recycling of the Nazi Past and Its European Echoes, in: *New German Critique* 80 (2000), S. 77–91, hier S. 83, [<http://web.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?sid=90f7cdf5-722d-4a67-be98-f0d8482ddfa4%40sessionmgr12&vid=7&hid=19>], eingesehen 24.05.2013.

⁴¹ Walter Manoschek, Die Wehrmacht und die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ als Thema österreichischer Vergangenheitspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 61–77, hier S. 68–69.

Dieser Schwenk wird besonders verdeutlicht durch die unterschiedlichen Reaktionen der Parteien auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die im Herbst 1995 eröffnet wurde und bis Herbst 1999 in 27 deutschen und sechs österreichischen Städten (Wien, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Graz und Salzburg) präsentiert wurde. Die heftigen Reaktionen auf die Ausstellung, die einen Fokus auf die Verbrechen der bis dato „sauberen“ Wehrmacht gelegt hatte, veranlassten die Verantwortlichen zu einem Abbrechen der Ausstellungstätigkeiten. Wie das „offizielle Geschichtsbild“ in Österreich der politischen Parteien durch verschiedene, konkurrierende Geschichtsbilder aus verschiedenen Parteien abgelöst wurde, wird durch die unterschiedlichen parteilichen Reaktionen auf die umstrittene Wehrmachtsausstellung verdeutlicht.⁴²

Parteipolitische Reaktionen auf die Ausstellung

Oben wurde festgestellt, dass Österreich lange eine Rolle als Opfer in der Aufarbeitung rund um die nationalsozialistischen Verbrechen eingenommen hat, die Verantwortung wurde auf Deutschland und die Nationalsozialisten externalisiert. Die Ausstellung über die Wehrmachtssoldaten schlug in dieser Hinsicht in zwei Kerben: Zum einen zeigte die Ausstellung, dass sehr wohl auch ÖsterreicherInnen an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt waren, und zum anderen wurden die Wehrmachtssoldaten in ihrer Funktion als einfache „Pflichterfüller“ enttarnt. Polarisiert wurde die Ausstellung zusätzlich durch den Umstand, dass viele ÖsterreicherInnen direkte oder indirekte Vorfahren hatten, welche als Soldaten in der Wehrmacht dienten. Die Rolle von Wehrmachtssoldaten im Zweiten Weltkrieg spiegelt die „Schizophrenie“ der österreichischen Vergangenheitspolitik wider, in der die Rolle als „Opfer“ und der Topos der „Pflichterfüllung“ – wie schon die Diktion in der Affäre Waldheim war – kollidierten.⁴³ In welchem Spektrum sich die Reaktionen der Parteien auf die Ausstellung bewegten, soll nun gezeigt werden.

Freiheitliche Partei Österreichs

Die FPÖ deklarierte sich als die „alleinige Vertreterin der ‚Soldatengeneration‘ und ihrer kollektiven Erinnerung“⁴⁴. In Folge dessen reagierte der damalige Bundesparteiobmann Jörg Haider sehr heftig auf die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung: „Da werden Kinder hingeschickt. Da werden Schulen abkommandiert. Da wird Gehirnwäsche betrieben, als wäre die ältere Generation eine Ansammlung von Verbrechern“⁴⁵.

⁴² Manoscheck, Wehrmacht, S. 68.

⁴³ Manoscheck/Geldmacher, Vergangenheitspolitik, S. 590.

⁴⁴ Manoscheck, Wehrmacht, S. 68.

⁴⁵ Zit. n. Scharsach, Schatten, S. 34.

Die FPÖ verstand sich selbst als Partei, die die Kriegsgeneration beziehungsweise die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht in Schutz nimmt, und sie nicht in Verbindung mit Verbrechen brachte. Ob diese Politik, die besonders unter der Obmannschaft von Jörg Haider praktiziert wurde, politisches Kalkül oder eigene persönliche Überzeugung darstellt, sei dahingestellt. Man kann jedoch feststellen, dass nach der Affäre Waldheim (Kapitel 2) eine starke Polarisierung und Emotionalisierung der österreichischen Gesellschaft und besonders der ehemaligen Wehrmachts- und Regimeangehörigen stattfand, auch hinsichtlich der Einwirkung durch internationale Akteure, wodurch diese potenziellen WählerInnen wiederum ihre politische Vertretung innerhalb der FPÖ fanden.⁴⁶

Österreichische Volkspartei

Die ÖVP hatte im Wesentlichen keine Unterschiede in ihrer Beurteilung der Ausstellung zur Verantwortung der Wehrmacht im Vergleich zur Position der FPÖ. Verschiedene mögliche Förderungen oder Veranstaltungsorte wurden durch ÖVP-Politiker nicht unterstützt. Die Partei etablierte sich folglich als aktive Gegnerin der Ausstellung.⁴⁷

Es mag überraschen, dass in der Haltung der ÖVP eine Nähe zur FPÖ vorliegt, jedoch verdeutlicht dies, dass der Topos einer „unschuldigen Wehrmacht“ lange Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges innerhalb der politischen Parteien konserviert blieb. Als Grund für diese ablehnende Haltung kann die oben schon angeführte, oftmals direkte Verwandtschaft von ÖsterreicherInnen mit direkten Vorfahren in der Wehrmacht gesehen werden.

Sozialdemokratische Partei Österreichs

Die SPÖ erschien gespalten bei einer Positionierung in Bezug auf die Wehrmachtsausstellung. Neben BefürworterInnen wie der damaligen SPÖ-Landesparteiobfrau Gabriele Burgstaller in Salzburg gab es auch scharfe Kritiker beispielsweise in Kärnten, wo Haiders „Kruppendorf-Rede“ zuvor hohe Wellen geschlagen hatte: Der Kärntner SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Rudolf Gallob konnte sich für die Anliegen der Ausstellung nicht erwärmen und kritisierte darüber hinaus den Inhalt als „größte Beleidigungsaktion für Altsoldaten“⁴⁸.

Erkennbar wird anhand dieser Geschehnisse, dass sich durch das Aufbrechen des Opfermythos auch eine Art erneute „Lagermentalität“ innerhalb der österreichischen Parteienlandschaft entwickelte: Die rechten und konservativen Parteien ÖVP und FPÖ verweigerten eine Anerkennung von Schuld der Wehrmachtsangehörigen, wohingegen

⁴⁶ Gollner, Diskurse, S. 278–279.

⁴⁷ Manoscheck, Wehrmacht, S. 69–70

⁴⁸ Ebd., S. 71–72.

die SPÖ – teils auch mit inneren Widersprüchen – bereit war, diese Schuld anzuerkennen.⁴⁹

Ein Tabuthema: „pflichttreue Wehrmachtssoldaten“?

Aussagen von Jörg Haider über ehemalige Veteranen der Wehrmacht oder Waffen-SS sind von einem deutlichen „Hang zum Geschichtsrevisionismus“ gezeichnet.⁵⁰ Ein oft zitiertes Beispiel stellt die Rede am Ulrichsberg im Jahre 1995 („Krumpendorf-Rede“) dar, in der Jörg Haider folgende Worte an die Anwesenden SS und Wehrmachtsveteranen richtet:

„[...]“, dass es in dieser Welt einfach noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind.“⁵¹

In einer eindrucksvollen Zusammenstellung von Aussagen konnte der Journalist Hans-Henning Scharsach in seinem Buch „Haider. Schatten über Europa“⁵² das umstrittene Bild Haiders über die Angehörigen der Wehrmacht skizzieren. Das Spektrum der Aussagen über die Rolle der Wehrmacht in Bezug auf die Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten ist breit aufgefächert: Haider bezweifelt etwa 1995 die Angriffshaltung des Deutschen Reiches im Zuge des Russlandfeldzuges 1941, den er als „Präventivkrieg“ bezeichnet. 1995 behauptet Haider zusätzlich, dass Wehrmachtssoldaten die Demokratie in Europa ermöglicht hätten. Dem Einwand, dass die Wehrmacht Eroberungsfeldzüge durchgeführt hätte, entgegnet Haider sinngemäß, dass man die offizielle Geschichtsschreibung in Frage stellen müsse.⁵³

Die Schuldfrage von Wehrmachtssoldaten polarisierte die österreichische Gesellschaft auch knapp 55 Jahre nach Kriegsende stark. Dass diese „einfachen Soldaten“ eine Schuld auf sich geladen hätten, wurde mit dem Hinweis, dass man seine „Pflicht“ erfüllt hätte, abgetan. Es ist interessant, dass sich nicht nur die FPÖ, sondern auch Teile der ÖVP und der SPÖ mit der Erkenntnis anfreunden konnten, dass auch die Wehrmacht eine Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen hatte. Aber nicht nur die österreichischen Parteien, sondern auch die Medien reagierten teilweise sehr heftig auf die Ausstellung der Wehrmacht.⁵⁴

⁴⁹ Manoscheck, Wehrmacht, S. 73–75.

⁵⁰ Hubert Sickinger, Jörg Haider, in: Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, hrsg. v. Anton Pelinka/Hubert Sickinger/Karin Stögner, Wien 2008, S. 111–220, hier S. 170.

⁵¹ Jörg Haider am 30.06.1995 in Krumpendorf; zit. n. Sickinger, Haider, S. 173.

⁵² Siehe Anmerkung Nr. 13.

⁵³ Scharsach, Schatten, S. 33.

⁵⁴ Dazu genauer: Alexander Pollak, Die Wehrmachtsschuld in Österreich. Das Bild der Wehrmacht im Spiegel der österreichischen Presse nach 1945, Wien-Köln-Weimar 2002.

Die obige Auflistung von bekannten „Haider-Sagern“ stellt nur eine sehr begrenzte Auswahl dar. Auffallend bleibt jedoch, dass Haider besonders die Wehrmacht, aber auch Waffen-SS Veteranen (wie am Beispiel der Krumendorf-Rede gezeigt) immer wieder vor der „offiziellen Geschichtsschreibung“ in Schutz nimmt. Die heftigen Reaktionen auf die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung untermauern, dass Haider besonders auf diese Generation einen Fokus hatte. Inwieweit dies seiner eigenen Überzeugung entsprach, sei in diesem Kontext dahingestellt. Dass diese gravierenden rhetorischen Entgleisungen – um es euphemistisch auszudrücken – seinem Erfolg in den 1990er Jahren keinen Abbruch taten, zeigt die freiheitliche Regierungsbeteiligung im Jahre 2000, wo die FPÖ in den vorhergehenden Nationalratswahlen 1999 auf 26,9 Prozent der Stimmen kommen konnte.

Ab dem Jahr 1995 sollte ein weiterer, für die Geschichtspolitik relevanter Akteur ans Tageslicht treten. Die Europäische Union (EU) und ihre damals 15 Mitgliedsstaaten kritisierten die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 heftig. Welches Verhältnis die FPÖ zur EU pflegte, und wieso umfassende Restitutionsgesetze gerade unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung beschlossen wurden, soll das letzte Fallbeispiel erläutern.

Die „Wende“ im Jahr 2000 und die Frage nach Restitution

Nach einer Verfassungsänderung und der daraus resultierenden Volksabstimmung am 12. Juni 1994 sprachen sich 66,6 Prozent der österreichischen Bevölkerung bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 82,3 Prozent für den Beitritt zur Europäischen Union (EU) aus, der schließlich am 1. Jänner 1995 in die Tat umgesetzt wurde. Im Österreichischen Nationalrat stimmten 141 Abgeordnete der ÖVP, der SPÖ, dem LIF (Liberales Forum) und der Grünen für den Beitritt. Alle 40 Abgeordneten der FPÖ stimmten gegen einen Beitritt zur Europäischen Union. Mit dem Beitritt zur GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) wurden verfassungsrechtliche Änderungen von Nöten, da die GASP damals geltenden Neutralitätsgesetzen widersprach. Diese wurden kurzerhand so erweitert, dass ein Beitritt zur GASP dennoch möglich war.⁵⁵ Bemerkenswert ist die hohe Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zur europäischen Gemeinschaftsidee. Besonders in jüngster Zeit konnten solche Zustimmungswerte durch die EU nicht mehr erreicht werden, wie Statistiken zeigen.⁵⁶

⁵⁵ Paul Luif, Österreich und die Europäische Union, in: Politik in Österreich. Das Handbuch, hrsg. v. Herbert Dachs et al., Wien 2006, S. 862–883, hier S. 862–863.

⁵⁶ So sagten beispielsweise 41 % der ÖsterreicherInnen in der Eurobarometer-Befragung im Herbst 2012, dass Österreich besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es kein Mitglied der EU wäre. Österreich ist damit hinter dem Vereinigten Königreich, der Tschechischen Republik und Polen mit dieser ablehnenden Meinung der EU gegenüber. Standard-Eurobarometer, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Eurobarometer Standard 78, Herbst 2012, S. 53, [http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_publ_de.pdf], eingesehen 16.10.13.

Die FPÖ hat – so könnte man aus dieser kurzen chronologischen Darstellung schließen – schon seit jeher ein gespanntes und ablehnendes Verhältnis zur EU, das in den bilateralen Sanktionen der damals 14 EU-Mitgliedsstaaten gegen die Regierungskoalition, bestehend aus ÖVP und FPÖ gipfelte. Die nächsten Kapitel zeigen, dass dieses ablehnende Verhalten der Partei gegenüber der EU beziehungsweise dem gemeinsamen Wirtschaftsraum nicht immer so war und welche Entwicklungen dieses Verhältnis durchlaufen hat – auch im Hinblick auf geschichtspolitische Argumentationsfiguren.

EU und FPÖ – ein wechselseitiges Verhältnis

Die Zustimmung zu einem Beitritt in einen größeren, europäischen Wirtschaftsraum stellte für die in den 1980er Jahren wirtschaftsliberal ausgerichtete FPÖ eine günstige und erstrebenswerte Perspektive dar. Dementsprechend wurde für einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) Stimmung gemacht. Auch nachdem der deutschnationale Flügel die Partei unter Jörg Haider ab 1986 einer Neuausrichtung unterzog, änderten sich die Zustimmungsverhältnisse in der Parteilinie nicht wesentlich. Erst als die Beitrittsverhandlungen und ein möglicher Beitritt in die mittlerweile durch den Vertrag von Maastricht 1992 in Europäische Union umbenannte EU eine wirkliche Perspektive wurde, erfolgte ein radikaler Schwenk, der, wie oben schon ausgeführt, in einem negativen Votum der Partei in der parlamentarischen Abstimmung gipfelte, obwohl keine offizielle Kampagne der FPÖ gegen einen Beitritt gefahren wurde.⁵⁷ Aber auch die Stammwählerschaft der FPÖ zeigte sich überaus skeptisch in der Volksabstimmung über die Verfassungsänderung. 59 Prozent der FPÖ-Wählerschaft votierte mit einem „Nein“.⁵⁸

Gleichzeitig erfolgte eine Umorientierung der beiden Großparteien hin zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Die wirtschaftlichen Vorteile einer Mitgliedschaft und wirtschaftliche und sozialen Ängste im Zuge des Falls des Eisernen Vorhanges ließen für ÖVP und SPÖ eine Mitgliedschaft attraktiv erscheinen, die 1995 auch erreicht werden sollte. Gleichzeitig öffneten sich erstmals Konflikte zwischen den beiden Großparteien über den österreichischen Patriotismus: Die Frage der Neutralität wurde immer lauter, da die ÖVP einen NATO-Beitritt favorisierte.⁵⁹

⁵⁷ Dimitri Almeida, *Europeanized Eurosceptics? Radical Right Parties and European Integration*, in: *Perspectives on European Politics and Society* 11 (2010), Heft 3, S. 237–253, hier S. 242, [<http://web.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=4&sid=4a827c32-3b79-46b2-acb7-2f36de6c1792%40sessionmgr15&hid=23>], eingesehen 25.05.13.

⁵⁸ Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt*, in: *EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich* (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung 6), hrsg. v. Anton Pelinka Wien 1994, S. 87–120, hier S. 99.

⁵⁹ Susanne Frölich-Steffen, *Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (2004), Heft 3, S. 281–295, hier S. 286–287.

In dieser Konstellation ist auch der markante Übergang im Identitätskonzept der FPÖ zu verorten. Susanne Frölich-Steffen argumentiert, dass durch die immer stärker werdende Ausrichtung der SPÖ und ÖVP in Richtung Europa die FPÖ „die Strömung der Zeit“ erkannte und einen Schwenk weg von einer deutsch-nationalen Politik hin zu national-patriotischer Ausrichtung vollzog, nachdem die traditionelle österreichpatriotische Partei ÖVP sich als Europapartei umpositionierte. Neue WählerInnenpotenziale wurde angesprochen: Jene, die sich von der Globalisierung bedroht fühlten und sich vor den wirtschaftlichen Konsequenzen eines Beitrittes fürchteten, fanden in der populistisch agierenden FPÖ eine neue wählbare Partei.⁶⁰ Durch die Betonung der nationalen Eigenständigkeit und des österreichischen Nationsbegriff sollten neue Stimmen akquiriert werden. In diesem Zusammenhang sind auch verschiedene, medienwirksame Volksbegehren zu sehen, die von der FPÖ initiiert wurden. Darunter fallen beispielsweise das Volksbegehren „Österreich zuerst“ und das „Schilling Volksbegehren“.⁶¹

Das Restitutionsgesetz im Zuge der bilateralen Sanktionen

Der Regierungsbeteiligung im Jahre 2000 gingen massive Stimmenzuwächse der FPÖ voraus, die schließlich mit 26,9 Prozent nach der SPÖ die zweitstärkste Partei werden konnte. Nachdem Verhandlungen zwischen der SPÖ und der ÖVP gescheitert waren, einigten sich die ÖVP und die FPÖ auf die erste schwarz-blaue Koalition der Nachkriegszeit.

Schon während der Anbahnung von Gesprächen zwischen der ÖVP und der FPÖ wurde von den EU-14 heftige Kritik an einer etwaigen Beteiligung der FPÖ an der Regierung geübt, aber auch Organisationen wie der Jüdische Weltkongress und andere Staaten wie die USA und Kanada beteiligten sich an bilateralen Sanktionen gegen Österreich. Um die aufgeheizte Situation zu entschärfen, erklärte sich die österreichische Bundesregierung bereit, mit einer Expertenkommission zusammenzuarbeiten, die aus dem früheren finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari, dem deutschen Völkerrechtler Jochen Abraham Frowein und dem früheren spanischen EU-Kommissar Marcelino Oreja bestand.⁶²

Im abschließenden Bericht widmen sich die drei „Weisen“ auch in einem Kapitel der FPÖ. Sie stellen der schwarz-blauen Regierungsarbeit ein grundsätzlich positives Zeugnis aus, und raten zu einer Beendigung der bilateralen Sanktionen. Über die

⁶⁰ Frölich-Steffen, Identitätspolitik, S. 287–289.

⁶¹ Übersicht über die Volksbegehren der II. Republik und deren AntragstellerInnen: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx], eingesehen 25.05.13.

⁶² Waldemar Hummer/Anton Pelinka, Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht. Chronologie, Kommentar, Dokumentation, Wien 2002, S. 113–159.

nunmehr in Regierungsverantwortung befindliche FPÖ wird festgestellt, dass sie eine „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ sei.⁶³

Geschichtspolitisch bedeutsam erscheinen die EU-Sanktionen vordergründig deshalb, da die Bereitschaft der schwarz-blauen Bundesregierung aufgrund des internationalen Druckes – so argumentiert Hubert Sickinger – zur Restitutionsleistung für ehemalige NS-ZwangsarbeiterInnen deutlich gefördert wurde.⁶⁴

Es mag verwundern, dass gerade unter einer schwarz-blauen Regierungskoalition Schritte in Richtung Restitution unternommen worden sind. Das in diesem Kontext entstandene „Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz)“⁶⁵. Auffallend ist die sperrige Formulierung des Gesetzes, das hervorhebt, dass die Leistungen der NS-ZwangsarbeiterInnen auf freiwilliger Basis durch die Republik Österreich geschehen, da die Republik von 1938–1945 staatlich nicht existent war. Darüber hinaus wurde im Staatsvertrag auch der Passus festgeschrieben, dass von Österreich keine Reparationen verlangt werden würden.⁶⁶

Warum hat man sich dann unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung zu diesem, auch geschichtspolitisch relevanten, Schritt veranlasst gefühlt? Zum Einen ging dem Beschluss des Gesetzes der Bericht der Historikerkommission voraus, die ein Verweigern der Verantwortungsübernahme durch die österreichische Regierung und die österreichische Wirtschaft konstatierte. In Deutschland war die Geisteshaltung in dieser Hinsicht anders: Hier wurde Verantwortung durch Staat und Wirtschaft wahrgenommen. Die FPÖ habe zum Anderen durch das Aufgreifen dieses Themas auch Versäumnisse der SPÖ aufzeigen und aufholen wollen.⁶⁷ Eric Rosand, der als Berater für die US-amerikanische Regierung in Belangen der Restitution für die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur fungierte, äußert weiter die These, dass Österreich im Lichte des bevorstehenden Beitritts der zentraleuropäischen Staaten zur EU die Beziehungen zu diese Beitrittsländern verbessern wollte.⁶⁸ Auch FPÖ-Politiker wie der ehemalige Bundesrat John Gudenus gestehen ein, dass die Zwangsarbeiterentschädigung

⁶³ Martti Ahtisaari/Jochen Abraham Fowein/Marcelino Oreja, Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Fowein, Marcelino (sog. Bericht der „Drei Weisen“ bzw. „Weisenbericht“) samt Anhängen vom 8. September 2000, in: Hummer/Pelinka, „EU-Quarantäne“, S. 388–418.

⁶⁴ Sickinger, Haider, S. 192.

⁶⁵ Hubert Feichtlbauer, Zwangsarbeit in Österreich. 1938–1945, Wien 2005, S. 325–330.

⁶⁶ Feichtlbauer, Zwangsarbeit, S. 140–141. Im Österreichischen Staatsvertrag wurde festgeschrieben, dass „von Österreich keine Reparationen verlangt [werden], die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben.“ BGBl., Stück 39, Nr. 152, 1955, S. 725–810, hier S. 731 [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf], eingesehen 22.07.13.

⁶⁷ Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, Wiesbaden 2006, S. 125.

⁶⁸ Eric Rosand, Confronting the Nazi Past at the End of the 20th Century, The Austrian Model, in: *Berkeley Journal of International Law* 20 (2002), Heft 1, S. 202–211, hier S. 203–204 [<http://scholarship.law.berkeley.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1212&context=bjil>], eingesehen 30.05.13.

„Schutzgeld [ist], um die Handelsbeziehungen – insbesondere mit den USA – nicht zu stören“⁶⁹.

Wenn man diese These vertritt, dass durch den internationalen Druck durch die bilateralen Sanktionen im Zuge der Regierungsbeteiligung der FPÖ die Bereitschaft gesteigert wurde, durch Restitutionsmaßnahmen für ZwangsarbeiterInnen die Verbrechen der Vergangenheit anzuerkennen, dann ist diese Maßnahme nicht auf einen plötzlichen Wandel im geschichtspolitischen Verständnis der FPÖ zurückzuführen, sondern meines Erachtens auch auf die gegenwärtige politische Situation, also den anstehenden Beitritt der zentraleuropäischen Länder. Mit Geschichtspolitik können also auch handfeste wirtschaftlich-politische Interessen verfolgt werden.

Ausblick und Schluss

Dass Geschichts- und Identitätspolitik innerhalb der FPÖ einem Wandel je nach zeitlichen Umständen unterliegt, konnte in den vorhergehenden Kapiteln anhand der Geschichte der FPÖ gezeigt werden. In der Affäre Waldheim steht die Übernahme der Partei durch den neuen Obmann Jörg Haider für einen Kurswechsel weg vom Wirtschaftsliberalismus hin zu einem deutsch-nationalen und populistischen Kurs. Dass ein Grundcharakteristikum der Schutz der „Soldatengeneration“ im VdU und der späteren FPÖ darstellt, zeigt sich von den Anfängen als Sammelbecken für „Ehemalige“ bis hin zu den heftigen Reaktionen Haiders auf die Wehrmachtsausstellung. Wie wirtschaftliche Interessen und internationaler Druck auch Geschichtspolitik beeinflussen können, legen die beschlossenen Restitutionszahlungen der Republik unter freiheitlicher Mitbeteiligung an den Tag.

Wie steht es nun um das ab dem EU-Beitritt entwickelte Verständnis als politische Kraft, welche die österreichischen Interessen vertritt? Analog zur schon angesprochenen Entwicklung einer deutsch-nationalen hin zu einer österreichpatriotischen FPÖ, finden sich keine Hinweise auf eine „deutschen Volksgemeinschaft“ im Freiheitlichen Parteiprogramm aus dem Jahr 1997 mehr.⁷⁰ Hingegen operiert das aktuelle Parteiprogramm sehr wohl wieder mit dem Terminus der „deutschen Sprach- und Kultur-gemeinschaft“⁷¹. Neben diesem identitätspolitisch relevanten Statement der FPÖ

⁶⁹ Zit. n. Max Preglau, Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ, in: *Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft-Rundschau* 41 (2001), Heft 2, S. 193–213, hier S. 210.

⁷⁰ Andreas Peham, Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 39 (2010), Heft 4, S. 467–481, hier S. 472.

⁷¹ Freiheitliche Partei Österreichs, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz. Österreichs zuerst, S. 2, [http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf], eingesehen 27.05.2013.

erscheint im Bereich der Geschichtspolitik auch die Forderung, dass Österreich als „Anwalt“ der Interessen für die „Altösterreicher deutscher Muttersprache aus dem Bereich der ehemaligen k.u.k. Monarchie“ fungieren soll. Darüber hinaus wird die Einheit Tirols gefordert und die FPÖ bekennt sich zur „Unterstützung der Heimatvertriebenen-Verbände“⁷². Das freiheitliche Verständnis einer „deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“ erfährt somit in aktuellen Entwicklungen wieder eine neue Facette. Die FPÖ, die sich selbst als eine „österreichpatriotische“ Partei versteht, versucht gleichzeitig deutsch-nationale Agenden anzusprechen, etwa durch das Bekenntnis zur Unterstützung von Heimat- und Vertriebenenverbänden. Inwieweit diese Ausrichtung erfolgreich sein wird, werden die nächsten Nationalratswahlen im September 2013 zeigen.

Neben der „deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“ ist seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Heinz-Christian Strache auch die Hinwendung zu klerikalischen Aspekten zu beobachten: Österreich sei im „europäischen Kulturraum“ besonders durch das Christentum – neben anderen Religionsgemeinschaften wie dem Judentum – entscheidend geprägt worden.⁷³ Diese Hinwendung zu religiösen Elementen in der programmatischen Ausrichtung der Freiheitlichen Partei verdeutlicht meines Erachtens die Forderungen nach Kruzifixen in Schulen.⁷⁴ Dieser Prozess geht auch mit einer stärkeren Ausrichtung gegen eine „drohende Islamisierung“ einher.⁷⁵

Die Hinwendung zu einer sehr islamkritischen und deutsch-nationalen Haltung führt Hans-Henning Scharsach auf die Ablösung der unter Haider etablierten „unideologischen Quereinsteiger“ (Gernot Rumpold, Peter Westenthaler, Walter Meischberger) durch „deutschnationale Hardcore-Ideologen aus dem korporierten Milieu“⁷⁶. Neben diesem personellen Wechsel unter Heinz-Christian Straches Parteiübernahme, muss die Verwendung von gewaltverherrlichenden Wahlkampfutensilien wie dem Browser-Spiel „Moschee-baba“ problematisiert werden. Islamfeindliche Elemente lassen sich auch in diversen, von der FPÖ herausgegebenen Comics beobachten, welche in Wahlkämpfen an Haushalte verschickt wurden.⁷⁷

Geschichtspolitik und die offensichtliche Wandelbarkeit wird hier „enttarnt“ als ein Mittel neben anderen in politischen Auseinandersetzungen, um die politischen Botschaften besser als die Mitbewerberschaft an den oder die WählerIn zu verkaufen. „In

⁷² Parteiprogramm der FPÖ, o.S., Punkt 9: „Weltoffenheit und Eigenständigkeit“.

⁷³ Ebd., o.S., Punkt 2: „Heimat, Identität und Umwelt“.

⁷⁴ Presseaussendung von Heinz-Christian Strache, Strache: Kreuz wesentlicher Bestandteil unserer Identität, 05.11. 2009, [<http://www.strache.at/home/?id=60&newsid=2094&p=85&s=0>], eingesehen 27.05.13.

⁷⁵ Hödl, Klaus, Islamophobia in Austria: The Recent Emergence of Anti-Muslim Sentiments in the Country, in: *Journal of Muslim Minority Affairs* 30 (2010), S. 443–456, [<http://web.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=5&id=29fb9889-97d4-4282-b068-17891549f474%40sessionmgr114&hid=117>], eingesehen 12.06.13.

⁷⁶ Hans-Henning Scharsach, Strache. Im braunen Sumpf, Wien 2012, S. 306.

⁷⁷ Scharsach, Strache, S. 311.

der politischen Auseinandersetzung wird die Frage nach der Geschichte zu einer Auseinandersetzung um die Zukunft in der Sprache der Vergangenheit.⁷⁸ Wenn dieser politische Diskurs jedoch mit einer gewaltbereiten Rhetorik geführt wird und dabei die einen Bevölkerungsgruppen als „gut“ und andere als „böse“ dargestellt werden, dann ist es unbedingt erforderlich die vergangenheitspolitischen Argumente zu hinterfragen, anhand derer der Diskurs geführt wird.

Geschichtspolitik wird dann relevant, wenn neue Konfliktlinien und Fragmentierungen innerhalb einer Gesellschaft auftauchen. In einer Entwicklung, in der eine zunehmende Polarisierung aufgrund der Erosion der Konkordanzdemokratie in Österreich zu beobachten ist, werden diese Konfliktlinien häufiger und intensiver. Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka geht davon aus, dass jede Fragmentierung innerhalb der Gesellschaft auch ein Geschichtsbild mit sich bringt, das nach außen hin abgrenzt und nach innen hin verbindet. Vergangenheitspolitik ist somit „nicht überholt – sie wird sich jedoch immer wieder verändern.“⁷⁹

In diesem Kontext wurde eine Form von Geschichtspolitik in der II. Republik untersucht. Die punktuelle Untersuchung der FPÖ kann nicht Anspruch erheben, ein konvergentes und durchgehendes Bild der Geschichtspolitik der Freiheitlichen Partei aufzuzeigen. Innerhalb einer Partei existieren immer verschiedene Strömungen und Akteure, wie man beispielsweise in der liberaleren Ausrichtung der Partei unter Norbert Steger oder in der Abspaltung des LIF durch Heide Schmidt gesehen hat. Dennoch kann diese öffentlichkeitswirksame Darstellung durch Personen wie Jörg Haider zu einem gewissen Grad als stellvertretend für die Freiheitliche Partei angenommen werden. Wichtig bleibt, und das ist allen Parteien gleich, dass die Art, in der Geschichte interpretiert beziehungsweise instrumentalisiert wurde, immer zeit- und kontextabhängig war und ist.

Jörg Haider hat seine politischen Vorstellungen in einem bekannten und zur damaligen Zeit kontrovers diskutierten Buch „Die Freiheit die ich meine“ vorgestellt.⁸⁰ Dieses Buch, so der Politikwissenschaftler Hubert Sickinger, verfüge nicht über „einen geschlossenen und durchgängig konsistenten theoretischen Entwurf“, jedoch sehr wohl ein „sehr klares (deutschnational unterfüttertes, rechtskonservatives) Weltbild“⁸¹. Haiders Ruf nach der Zusammenlegung des Bundespräsidenten und Bundeskanzlers in Form einer „Dritten Republik“ wurde als Forderung nach einer „Führerdemokratie“⁸² angesehen.

Haider konnte mit seiner politischen Rhetorik

⁷⁸ Appelt, *Geschichtswahrnehmungen*, S. 102.

⁷⁹ Pelinka, *Funktionalität*, S. 45.

⁸⁰ Jörg Haider, *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt/Main-Berlin ³1994.

⁸¹ Sickinger, Haider, S. 169.

⁸² Ebd., S. 169.

„alle vier Hauptkomponenten – populistische Wut gegen Privilegienwirtschaft, bürokratische-halbfeudale Bevormundungen und Benachteiligungen; eine extreme Marktwirtschaftsideologie (à la „flat tax“); dazu rechtsextreme bis neonazistische Tendenzen; und am Rande gar noch fundamentalistisch-katholische Strömungen – auf einen politischen Nenner bringen, der fast schon wie die gelungene Quadratur des Kreises anmutet.“⁸³

Die getätigten geschichtspolitischen und geschichtspopulistischen Aussagen vereinfachen die Vergangenheit, die besonders im Bereich der nationalsozialistischen Vergangenheit eine sensible Betrachtung verlangt und gleichzeitig werden politische Gegner provoziert. So wurde beispielsweise der französische Staatspräsident Jacques Chirac, der zu den größten Kritikern einer FPÖ-Regierungsbeteiligung im Zuge der EU-Sanktionen gehörte, von Haider als „Westentaschen-Napoleon“ bezeichnet.⁸⁴ Es sind solche Provokationen, neben Aussagen wie der Forderung nach einer „ordentlichen Beschäftigungspolitik“, oder dem Lob für ehemalige Mitglieder der Waffen-SS, die Jörg Haider und auch andere Mitglieder der FPÖ äußerten und lange im Gedächtnis der Gesellschaft verbleiben. Mediale Aufmerksamkeit war den PolitikerInnen der FPÖ somit sicher.

Eine weitere Zutat zum Erfolg Haiders mag seine strikte Abgrenzung zu den „etablierten“ Parteien sein, die in den Augen Haiders durch ihre konstituierende Funktion in der österreichischen Demokratie nach 1945 in konsensgeleiteter Politik Österreich maßgeblich gestalteten und dabei beispielsweise – so Haider – als „Machtzentren für Postenschacher“⁸⁵ fungierten. Haider praktizierte Geschichtspolitik sehr geschickt: Die Jahrzehnte lange wichtige Funktion der ÖVP und SPÖ als regierungsverantwortlichen und somit gestalterischen Parteien erlaubte der FPÖ daneben sich als „Bewegung“ zu etablieren, die entgegen der alten Parteien „frischen Wind“ in den verstaubten, konkordanzdemokratischen politischen Diskurs brachte. Im Bereich der politikwissenschaftlichen Populismusforschung wäre ein stärkerer Einbezug von geschichtspolitischen Aspekten und Fragestellungen meines Erachtens wünschenswert und würde neue Ergebnisse an den Tag fördern.

Haiders geschichtsrelevante Aussagen bargen jedoch Gefahren. Durch sein revisionistisches Geschichtsbild im Bezug auf die nationalsozialistische Diktatur und ihre Verbrechen hat Jörg Haider einen Wandel im politischen System herbeigeführt: Der lange Zeit vom Konsens geprägte Diskurs in der österreichische Demokratie wurde durch die

⁸³ Josef Berhold, Feindbilder und Verständigung. Grundfragen der politischen Psychologie, Wiesbaden 2007, S. 179.

⁸⁴ *Spiegel Online*, 09.03.2000 [<http://www.spiegel.de/politik/ausland/haider-bruellt-wieder-chirac-ist-ein-westentaschen-napoleon-a-68337.html>], eingesehen 28.05.13.

⁸⁵ Zit. n. Geden, Diskursstrategien, S. 123.

rechtsextremen⁸⁶ Äußerungen untergraben,⁸⁷ und konnten somit salonfähig werden. Veränderungen stellen im politischen System nicht grundsätzliche etwas Verwerfliches dar. Die Art und Weise der Veränderung, nämlich durch geschichtsrevisionistische Aussagen, die gegen die „offizielle Geschichtsschreibung“ gerichtet sind, lassen verschiedene Diskursformen in der Öffentlichkeit „mainstream“ werden, wodurch die nationalsozialistischen Verbrechen auf Dauer und immer wieder verharmlost werden. Man mag einwenden, dass diese „Sager“ schon über zehn Jahre alt sind, jedoch verdeutlichen Aussagen des gegenwärtigen FPÖ-Parteibmanns Heinz-Christian Strache im Zuge des WKR-Balls (Wiener Korporationsring⁸⁸) 2012, der die Proteste der Gegnerschaft mit den Worten bewertete, dass die BallteilnehmerInnen „die neuen Juden“ seien, da sie großen Repressalien im Zuge der Protestaktionen ausgesetzt gewesen seien. Zusätzlich seien die Proteste gegen den Ball mit der „Reichskristallnacht“ (sic!) vergleichbar.⁸⁹

Es lässt sich somit feststellen, dass demokratischer Wettbewerb durch politische Parteien nicht nur über Sachargumente und Angebote für politische Themenstellungen an die WählerInnenschaft passiert, sondern darüber hinaus geht und spezifische Darstellungen von Vergangenen bietet. Diese Darstellungen konkurrieren miteinander und erheben Anspruch „wahr“ zu sein und stehen im Kontext von zeitlichen Strömungen. Keine Vergangenheitspolitik ist durchgehend gleichbleibend, sondern passt sich immer ihrer Zeit an.

Die von Geschichtspolitik „produzierten“ Geschichtsbilder unterliegen einem stetigen Wandel, und wenn man sich die Funktionalität und ihre Instrumentalisierungsmöglichkeit vor Augen führt, ermöglicht dies, solche Geschichtsbilder zu „deinstrumentalisieren“, um sich somit zu „immunisieren“.⁹⁰

Quellen und Literatur

Almeida, Dimitri, Europeanized Eurosceptics? Radical Right Parties and European Integration, in: *Perspectives on European Politics and Society* 11 (2010), Heft 3, S. 237–253, [http://web.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=4&sid=4_a827c32-3b79-4_6_b_2-acb7-2f36de6c1792%40sessionmgr15&hid=23], eingesehen 25.05.13.

Appelt, Erna, Österreichische Geschichtswahrnehmungen, in: *Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts*, hrsg. v. Reinhold Gärtner, Innsbruck 1999, S. 99–116.

⁸⁶ Scharsach, Schatten, S. 287.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Der Wiener Korporationsring ist ein Zusammenschluss von mehreren schlagenden Burschenschaffern in Wien.

⁸⁹ *Der Standard*, 29.01.12 [<http://derstandard.at/1326504057390/Reportage-Der-letzte-Tanz-der-neuen-Juden-in-der-Hofburg>], eingesehen 30.05.13.

⁹⁰ Pelinka, Funktionalität, S. 46.

Berhold, Josef, Feindbilder und Verständigung. Grundfragen der politischen Psychologie, Wiesbaden ³2007.

Böhler, Ingrid, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“ Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, hrsg. v. Michael Gehler/Hubert Sickinger, Innsbruck 2007², S. 502–531.

Bruckmüller, Ernst, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien-Köln-Graz ²1996.

Ders., Österreichbewusstsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung 4), Wien 1994.

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Staatsvertrag, betreffend der Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Stück 39, Nr. 152, 1955, S. 725–810, hier S. 731 [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf], eingesehen 22.07.13.

Feichtlbauer, Hubert, Zwangsarbeit in Österreich. 1938–1945, Wien 2005.

Freiheitliche Partei Österreichs, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz. Österreich zuerst, 18.06.2011, [http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf], eingesehen 27.05.2013.

Frölich-Steffen, Susanne, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (2004), Heft 3, S. 281–295.

Geden, Oliver, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, Wiesbaden 2006.

Gehler, Michael, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“. Die Waldheim-Affäre 1986–1992, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, hrsg. v. Michael Gehler/Hubert Sickinger, Innsbruck 2007², S. 614–665.

Göllner, Siegfried, Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten (Studien zur Zeitgeschichte 72), Hamburg 2009.

Haider, Jörg, Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik, Frankfurt/Main-Berlin ³1994.

Ders., Stenographische Protokolle des Österreichischen Nationalrates, XVII. Gesetzgebungsperiode, 56. Sitzung, 23.03.1988, S. 6424–6427 [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVII/NRSITZ/NRSITZ_00056/imfname_142888.pdf], eingesehen 24.05.13.

Hödl, Klaus, Islamophobia in Austria: The Recent Emergence of Anti-Muslim Sentiments in the Country, in: *Journal of Muslim Minority Affairs* 30 (2010), S. 443–456, [<http://web.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=5&sid=29fb9889-97d4-4282-b068-17891549f474%40sessionmgr114&hid=117>], eingesehen 12.06.13.

Hummer, Waldemar/Pelinka, Anton, Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht. Chronologie, Kommentar, Dokumentation, Wien 2002.

Judt, Tony, The Past Is Another Country: Myth and Memory in Postwar Europe, in: *Daedalus* 121 (1992), Heft 4, S. 83–118.

Luif, Paul, Österreich und die Europäische Union, in: Politik in Österreich. Das Handbuch, hrsg. v. Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tólos, Wien 2006, S. 862–883.

Luther, Kurt Richard, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), in: Politik in Österreich. Das Handbuch, hrsg. v. Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tólos, Wien 2006, S. 365–388.

Manoschek, Walter, Die Wehrmacht und die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ als Thema österreichischer Vergangenheitspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 61–77.

Manoschek, Walter/Geldmacher, Thomas, Vergangenheitspolitik, in: Politik in Österreich. Das Handbuch, hrsg. v. Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tólos, Wien 2006, S. 577–604.

Musner, Lutz, Memory and Globalization: Austria's Recycling of the Nazi Past and Its European Echoes, in: *New German Critique* 80 (2000), S. 77–91, [<http://web.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?sid=90f7cdf5-722d-4a67-be98-f0d8482ddfa4%40sessionmgr12&vid=7&hid=19>], eingesehen 24.05.13.

Mölzer, Andreas, Entideologisierung und Rechtspopulismus, in: Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ, hrsg. v. Lothar Höbelt, München 2001, S. 112–144.

Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 [<http://www.ibiblio.org/pha/policy/1943/431000a.html>], eingesehen 28.05.13.

ORF, Universitätsring: Straßentafel enthüllt, 04.07.2012, [<http://wien.orf.at/news/stories/2539803/>], eingesehen 20.05.13.

Peham, Andreas, Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 39 (2010), Heft 4, S. 467–481.

Pelinka, Anton, Die geänderte Funktionalität von Vergangenheit und Vergangenheitspolitik. Das Ende der Konkordanzdemokratie und die Verschiebung der Feindbilder, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 35–47.

Pelinka, Anton/Rosenberger Sieglinde, *Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends*, Wien 2007³.

Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A., Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt, in: *EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich* (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung 6), hrsg. v. Anton Pelinka, Wien 1994, S. 87–120.

Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A., Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ, in: *Das österreichische Wahlverhalten* (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikwissenschaften 21), hrsg. v. Fritz Plasser/Peter A. Ullrich/Franz Sommer Wien 2000, S. 225–242.

Pollak, Alexander, *Die Wehrmächtslegende in Österreich. Das Bild der Wehrmacht im Spiegel der österreichischen Presse nach 1945*, Wien-Köln-Weimar 2002.

Preglau, Max, Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ, in: *Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft-Rundschau* 41 (2001), Heft 2, S. 193–213.

Die Presse, [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/421893/index?gal=421893&index=2&direct=&_vl_backlink=&popup=], eingesehen 20.05.13.

Presseaussendung von Heinz-Christian Strache: Kreuz wesentlicher Bestandteil unserer Identität, 05.11.2009, [<http://www.strache.at/home/?id=60&newsid=2094&p=85&s=0>], eingesehen 27.05.13.

Rosand, Eric, Confronting the Nazi Past at the End of the 20th Century, The Austrian Model, in: *Berkeley Journal of International Law* 20 (2002), Heft 1, S. 202–211 [<http://scholarship.law.berkeley.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1212&context=bjil>], eingesehen 30.05.13.

Sandner, Christoph, Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 5–17.

Scharsach, Hans-Henning, Haider. Schatten über Europa, Köln ²2000.

Ders., Strache. Im braunen Sumpf, Wien 2012.

Sickinger, Hubert, Jörg Haider, in: Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, hrsg. v. Anton Pelinka/Hubert Sickinger/Karin Stögner, Wien 2008, S. 111–220.

Der Standard, 29.01.12 [<http://derstandard.at/1326504057390/Reportage-Der-letzte-Tanz-der-neuen-Juden-in-der-Hofburg>], eingesehen 30.05.13.

Spiegel Online, 09.03.2000 [<http://www.spiegel.de/politik/ausland/haider-bruellt-wieder-chirac-ist-ein-westentaschen-napoleon-a-68337.html>], eingesehen 28.05.13.

Standard-Eurobarometer, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Eurobarometer Standard 78, Herbst 2012 [http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_publ_de.pdf], eingesehen 11.06.13.

Stenographische Protokolle des Österreichischen Nationalrates, Jörg Haider (FPÖ), XVII. Gesetzgebungsperiode, 56. Sitzung, 23.03.1988, S. 6424–6427 [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVII/NRSITZ/NRSITZ_00056/imfname_142888.pdf], eingesehen 27.05.13.

Trettler, Heidi, Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder, in: Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, hrsg. v. Michael Gehler/Hubert Sickinger, Innsbruck 2007², S. 592–613.

Uhl, Heidemarie, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2001), Heft 1, S. 19–3.

Dies., Holocaust und Nationalsozialismus im österreichischen Gedächtnis seit 1945. Vortrag in Salzburg, 19.04.2004.

Ziegler, Meinrad/Kannonier-Finster, Waltraud, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnerung und Vergessen der NS-Vergangenheit (Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 25), Wien-Köln-Weimar 1993.

Martin Ager ist Student der Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft im 8. Semester an der Universität Innsbruck. martin.ager@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Martin Ager, Geschichtspolitik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider (1986-2005), in: *historia.scribere* 6 (2014), S. 225–255, [<http://historia.scribere.at>], 2013–2014, eingesehen 1.3.2014 (=aktuelles Datum).

